



FDP | 31.03.2015 - 13:30

Staatliche Bespaßung ist überflüssig



Am 1. April wird der monatliche Beitrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von 17,98 Euro auf 17,50 Euro gesenkt. Diese Senkung um 48 Cent geht den Jungen Liberalen (JuLis) nicht weit genug. "Wir fordern eine Reduzierung der Landesrundfunkanstalten, den Verkauf des ZDF sowie eine strikte Beschränkung der Programminhalte auf Information und Bildung", sagt der Bundesvorsitzende [der JuLis](#) [1], Konstantin Kuhle. Er findet die Senkung ist "nicht mehr als ein schlechter Scherz."

"Sie zeigt deutlich, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ohne eine grundlegende Reform niemals aus eigenem Antrieb heraus zu seinen Kernaufgaben – Information, Bildung und Kultur – zurückkehren wird", ist sich Kuhle sicher. Stattdessen liefere er sich mit privaten Anbietern einen Wettlauf darum, wer in kürzerer Zeit mehr neue Sender an den Markt bringen kann, moniert der Liberale.

Dabei gebe es schon heute rund 25 öffentlich-rechtliche Fernsehsender und mehr als 75 Radiosender, die von den zehn Landesrundfunkanstalten getragen werden: "In keinem anderen Land der Welt ist das öffentlich-rechtliche Angebot so groß und mit 9,1 Milliarden Euro so überfinanziert. Deutschland leistet sich das teuerste Unterhaltungsprogramm der Welt."

Mehr Respekt vor den Beitragszahlern

Diese Entwicklung wollen [die JuLis](#) [1] nicht länger mitmachen: "Von den Rundfunkanstalten fordern wir deshalb mehr Respekt vor ihren Beitragszahlern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich künftig auf qualitativ hochwertige Informations- und Bildungsangebote konzentrieren, die private Anbieter bislang nicht im Programm haben. Auf Unterhaltungsprogramme und die Übertragung von Sportgroßereignissen

sollte er genauso verzichten, wie auf die weitere Ausweitung des eigenen Senderangebots", lauten die Forderungen.

"Statt zusätzlicher Programme sollten wir über eine weitere Reduzierung der Landesrundfunkanstalten und über einen Verkauf des ZDF nachdenken. Denn der wöchentliche Tatort oder die heute show würden sich problemlos am Markt behaupten – ohne dass sie die Beitragszahler einen einzigen Cent kosten“, so Kuhle.

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/staatliche-bespaessung-ist-ueberfluessig>

Links

[1] <http://julius.de/home.html>